

Thomas Wunsch

Die Mobilität des Überlebens: Flucht und Migration

1. Einleitung

Migration innerhalb Zentralamerikas und aus der Region nach Mexiko und in die USA ist kein neues Phänomen. Während der Kolonialzeit war die indigene Bevölkerung verschiedenen Formen der Zwangsrekrutierung ihrer Arbeitskraft unterworfen. Nach der Unabhängigkeit von Spanien (1821) und im Zuge der Öffnung der zentralamerikanischen Ökonomien gegenüber dem Weltmarkt führte die Einführung des Anbaus landwirtschaftlicher Exportgüter mittels Enteignung kleinbäuerlich genutzter Ländereien zur "Freisetzung" der für die Plantagenökonomien notwendigen Arbeitskräfte. Bis zu den siebziger Jahren war das zentralamerikanische Migrationsgeschehen sowohl hinsichtlich des Umfanges als auch der Migrationsmuster relativ überschaubar. Es dominierten Formen der saisonalen Migration von Landarbeitern und Kleinbauern, die durch Industrialisierung hervorgerufene Land-Stadt-Wanderung und die häufig grenzüberschreitende Siedlungsmigration in die Regionen, in denen noch verfügbares Ackerland vorhanden war (*Frontier Migration*). Es ist besonders hervorzuheben, dass der Großteil der Migrant/Innen, die auf ihrer Wanderung nationalstaatliche Grenzen überschritten, bis zu diesem Zeitpunkt noch innerhalb der Region – unter Einbeziehung Mexikos – verblieb (OIM 2000: 14).

Mit dem Ausbruch bzw. der Intensivierung innerstaatlicher militärischer Konflikte in Nicaragua (1977), El Salvador (1980) und Guatemala (Anfang der achtziger Jahre) formierten sich regionale Fluchtbewegungen, die die vorangegangenen Migrationen auf dem Isthmus in ihrer Quantität deutlich übertrafen. Die Zentralamerika-Krise verbreiterte vorhandene Migrationspfade und ergänzte das Spektrum an Migrationsmustern durch die massive Ausweitung der extraregionalen Migration mit den USA und Mexiko als wichtigsten Zielländern.

Nach dem Ende der Bürgerkriege in den neunziger Jahren setzte sich die Migration auf hohem Niveau fort. Zwar ist ein Großteil der Flüchtlinge wieder in die jeweiligen Herkunftsländer zurückgekehrt. Aber strukturelle

Migrationsursachen wie Armut, ein im internationalen Vergleich immer noch hohes Bevölkerungswachstum und die mangelnde Absorptionsfähigkeit der nationalen Arbeitsmärkte bei gleichzeitig extremen regionalen Einkommensunterschieden zwingen häufig zu erneuter oder erstmaliger Migration. Erleichtert wird die Migration durch die mittlerweile weitreichenden familiären oder sozialen Netzwerke, die einen regen Informationsfluss zwischen Migrant/Innen und nicht migrierten Familienangehörigen oder Freunden ermöglichen.

Mit Ausnahme Costa Ricas sind alle Staaten Zentralamerikas seit den achtziger Jahren Auswanderungsländer (gemeint sind Netto-Auswanderungsländer, da sie sowohl Zu- als auch Abwanderung verzeichnen). Einen Sonderfall stellt Belize dar, das seit den siebziger Jahren eine "Latinisierung" erfährt (s. unten). Das seit der Zentralamerika-Krise dominante Migrationsmuster der gesamten Region aber ist die Auswanderung in die USA. Zusätzlich erfahren die zentralamerikanischen Staaten eine wachsende Transitmigration von Südamerikaner/Innen, Asiat/Innen und Afrikaner/Innen, die die Passage über die zentralamerikanische Landbrücke als Weg in die USA nutzen. Die Regulierung gerade dieser Migration ist für die zentralamerikanischen Staaten, aber auch für Mexiko, zu einem Ordnungsproblem ersten Ranges geworden, dessen Eindämmung von den USA in Verhandlungen um eine stärkere wirtschaftliche Assoziation oder die Legalisierung und Integration zentralamerikanischer Migrant/Innen mit Nachdruck gefordert wird.

Die Kontrolle und Regulation von Bevölkerungsbewegungen spielt auch heute noch im Interessengeflecht nationalstaatlicher Politik eine große Rolle, auch wenn mit dem Fortschreiten der Migration in die USA von einer wachsenden Autonomie der Migrant/Innen gesprochen werden kann. Die Einflussnahme des Staates auf Siedlungsverhalten und Mobilität der Zentralamerikaner/Innen war in der Vergangenheit viel drastischer und umfassender und verfolgte zumeist das Ziel, die strategische Ressource Arbeitskraft verfügbar zu halten. Während der Zentralamerika-Krise erfüllten Vertreibungen, Zwangsumsiedlungen und Massaker den Zweck, die Unterstützung der Aufständischen durch die Zivilbevölkerung zu minimieren. Heute bemühen sich die zentralamerikanischen Regierungen um eine Unterstützung der Legalisierungsbestrebungen ihrer Staatsbürger im Geflecht der Einwanderungsbestimmungen der USA. Die Geldüberweisungen in die Heimat sind vielerorts zu einer überlebensnotwendigen Krücke der Ökonomie angewachsen und sollen aufrechterhalten werden (siehe den Aufsatz von Manuel Orozco in diesem Band).

Es erscheint zunächst naheliegend, die zentralamerikanische Migration mit Bezug auf ihre Ursachen, Motive und Aufnahme in den Zielländern in zwei Phasen einzuteilen: in eine Fluchtbewegung der achtziger Jahre und eine darauffolgende Arbeitsmigration. Eine solche Kategorisierung ist aber irreführend. Die zentralamerikanischen Arbeitsmigrant/Innen der neunziger Jahre sind ebenso Vertriebene der – nach wie vor extremen – Macht- und Ausbeutungsverhältnisse und der wirtschaftlichen Ausschlussmechanismen innerhalb der zentralamerikanischen Staaten, wie die Flüchtlinge der achtziger Jahre bereits Arbeitsmigrant/Innen in dem Sinne waren, dass nicht nur die unmittelbar von der Repression Betroffenen ihre Heimat verließen, sondern auch diejenigen, deren Zukunftshoffnungen sich unter den Bedingungen der Kriegsökonomie nicht realisieren ließen.

2. Der Kaffee braucht mobile Arbeit

Für die Entstehung gegenwärtig immer noch relevanter Migrationsmuster ist die Phase der zentralamerikanischen Eingliederung in den Weltmarkt von herausragender Bedeutung. Vor allem die stärkere Konzentration auf den Anbau exportfähiger Agrarprodukte verursachte umfassende intraregionale Migrationsbewegungen. Neben einer kleineren Menge permanenter Arbeitskraft bedarf der Anbau von Kaffee, dem jahrzehntelang wichtigsten Exportprodukt Zentralamerikas, aber einer ungleich größeren Menge saisonaler Arbeitskraft. Die Ausbreitung des Kaffeeanbaus in der Region verlief in den verschiedenen Ländern unterschiedlich und entwickelte jeweils unterschiedliche Migrationsmuster. Während in Costa Rica in ausreichendem Maße für den Kaffeeanbau geeignetes Land zur Verfügung stand, aber die notwendige Arbeitskraft nur begrenzt vorhanden war, mussten in Guatemala und El Salvador zuerst kommunale Ländereien (*Ejidos*) enteignet werden, um der expandierenden Export-Landwirtschaft die entsprechenden Böden anbieten zu können. Die von den fruchtbaren Böden vertriebenen Kleinbauern siedelten sich in anderen Regionen auf wesentlich weniger ertragreichen Böden an, auf denen häufig nicht einmal das Überleben der eigenen Familie zu erwirtschaften war. Aus Gründen der Existenzsicherung – und häufig durch Schuldknechtschaft dazu gezwungen – migrierten sie in der Erntezeit zu den Kaffee-*Fincas* und entwickelten so ein saisonales Migrationsmuster, welches in Zentralamerika auch heute noch zu finden ist. Im Gegensatz dazu griff der Kaffeeanbau in Costa Rica auf neu erschlossene landwirtschaftliche Nutzflächen zurück. Verdrängung bzw. Vertreibung von Siedlern und die Ausdehnung einer nur saisonal nachgefragten ländlichen Arbeiterschaft begleiteten

auch die Einführung des kommerziellen Bananenanbaus auf Plantagen in Costa Rica, Honduras, Guatemala und Nicaragua (Hamilton/Chinchilla 1991; Woodward 1985; Weaver 1994).

Die saisonale Nachfrage nach Arbeitskräften in den verschiedenen Sektoren landwirtschaftlicher Exportproduktion ließ die migrierenden Bauern auch vor den Staatsgrenzen nicht Halt machen. Salvadorianer arbeiteten in der Baumwollernte in Guatemala, in Nicaragua und, bis der "Fußballkrieg" (1969) dem ein Ende machte, in Honduras. Bereits seit Beginn des 20. Jahrhunderts migrieren Kleinbauern aus dem westlichen Hochland Guatemalas zur Erntezeit in die Kaffee-Anbauregion Südmexikos.

3. Repression, Krieg und Flucht

Die soziale Polarisierung Zentralamerikas mündete in den siebziger Jahren in die verstärkte Organisation einer vielstimmigen Opposition gegen die Regierungen der Region. Bauern-, Arbeiter- und Studentenorganisationen radikalisierten sich, und die Regierungen antworteten mit verstärkter Repression. Guerillaorganisationen formierten sich in Nicaragua und El Salvador. In Guatemala entstand, nachdem die zuvor eher regionalen Guerillaorganisationen schon fast zerschlagen waren, eine neue Aufstandsbewegung. Den offenen militärischen Auseinandersetzungen fiel eine große Zahl von Personen gerade der Zivilbevölkerung zum Opfer. Die Repression nahm ein solches Ausmaß an, dass potentiell jeder der Konspiration verdächtigt werden konnte. Im Zuge von Krieg und Repression entwickelten sich Flüchtlingsbewegungen in einem Umfang, der für den Isthmus bislang unbekannt war. Ca. drei Millionen Zentralamerikaner/Innen, etwa 15% der damaligen Gesamtbevölkerung der Region, wurden in den achtziger Jahren zu Flüchtlingen, Vertriebenen im eigenen Land (*displaced persons*) oder flohen in die USA (Torres-Romero 1997: 330).¹ Zeitgleich geriet die Region in eine schwere Rezession. Die Kombination aus Krieg, Repression und wirtschaft-

1 Angaben von Flüchtlingszahlen sind mit Vorsicht zu behandeln. Die unterschiedlichen Siedlungsmuster der Flüchtlinge in den Aufnahmeländern machen eine zuverlässige Statistik unmöglich. Die präzisesten Angaben sind die Zahlen des Flüchtlingshochkommissars der Vereinten Nationen (UNHCR), die aber nur die offiziell anerkannten und Hilfe vom UNHCR empfangenden Flüchtlinge umfasst. Zu dieser Kategorie gehörten in den achtziger Jahren 129.000 Personen. Die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika (CEPAL) ging für die achtziger Jahre von einer Zahl von 866.400 Flüchtlingen aus. Beide Angaben umfassen nur die innerzentralamerikanischen Flüchtlinge und diejenigen in Mexiko, lassen also die Flüchtlinge in den USA und anderen Industrieländern außer acht (Castillo García und Palma Calderón 1999: 291f.).

licher Krise ließ das ohnehin schon starke intraregionale Migrationsgeschehen in Zentralamerika zu einem Exodus anwachsen. Die meisten der zentralamerikanischen Flüchtlinge kamen aus Nicaragua, Guatemala und El Salvador.

4. Nicaragua

Eine massive Fluchtmigration aus Nicaragua setzte bereits vor der sandinistischen Machtübernahme im Juli 1979 ein. Zu den Reaktionen Somozas auf den Aufstand der Sandinisten gehörte nicht nur die Verstärkung der allgemeinen Repression, sondern auch der Einsatz von Flächenbombardements ländlicher Regionen und die Bombardierung von Städten. Die Konsequenz daraus war, dass zwischen April 1978 und April 1979 200.000 Nicaraguaner/Innen auf der Flucht die Landesgrenzen überschritten und nach Costa Rica und Honduras gelangten. Der Großteil der Flüchtlinge kehrte aber nach dem Sieg der Sandinisten wieder nach Nicaragua zurück. Der nächste Exodus ließ nicht lange auf sich warten. Teils aus Gegnerschaft zum sandinistischen Regime, teils aus Furcht vor der im Krieg der Contra gegen die Regierung neu ausgebrochenen Gewalt flüchteten Teile der Bevölkerung in die Städte oder in andere Länder. Zudem sahen die jungen Männer in der Flucht oft die einzige Möglichkeit, den Militärdienst zu umgehen.

Die Flüchtlinge gelangten nach Belize, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, nach Mexiko und in die USA. Ende der achtziger Jahre befanden sich nach Angaben der Vereinten Nationen etwa 350.000 Binnenflüchtlinge in Nicaragua; andere Schätzungen gehen von bis zu 500.000 aus (Schneider 1992: 23). 1987 lebten zwischen 22.000 und 100.000 nicaraguanische Flüchtlinge in Costa Rica, 43.000 in Honduras und bis zu 20.000 in Guatemala (Hamilton/Chinchilla 1991: 97). Bereits ab 1987, also noch vor dem Waffenstillstand zwischen Contra und Sandinisten, konnten einige der externen Flüchtlinge repatriert werden. Bis zum Ende des Jahres 1996 kehrten insgesamt 72.000 Flüchtlinge im Rahmen formaler Repatriierung nach Nicaragua zurück (Torres-Romero 1997: 330).

5. Guatemala

Guatemala erlebte seit den sechziger Jahren den mit Abstand längsten Guerilla-Krieg in Zentralamerika. Dennoch ereigneten sich massive grenzüberschreitende Fluchtbewegungen erst ab 1981, als die militärische Bekämpfung des Aufstandes mit neuer Brutalität geführt wurde. Zwar lässt sich

schon für die Zeit von 1976 bis 1981 eine verstärkte und durch politische Gewalt motivierte Binnenmigration konstatieren (Morrison 1993), aber der explosionsartige Anstieg der Flüchtlingszahlen ist ein klares Resultat der Aufstandsbekämpfung und der Zwangsumsiedlungen der achtziger Jahre (Torres-Romero 1997). 200.000 Guatemalteke/Innen wurden in diesem Konflikt getötet, etwa 40.000 gelten als "verschwunden". Durch die immense Gewalt im Land wurden etwa 1 Million Guatemalteke/Innen zu *Displaced Persons*. Zusätzlich überschritten zwischen 150.000 und 200.000 Flüchtlinge die mexikanisch-guatemaltekeische Grenze (Nolin Hanlon/Lovell 2000: 35).

Die Binnenflüchtlinge lassen sich grob zwei Kategorien zuordnen: Einerseits den Flüchtlingen, die ihre Gemeinden in Richtung einer der Provinzhauptstädte oder der Hauptstadt verließen oder auf den Plantagen an der Pazifikküste Zuflucht suchten. Sie migrierten zumeist individuell bzw. im Familienverband. Zum anderen handelte es sich um organisierte Flüchtlingsgruppen, die sich unweit ihrer Herkunftsgemeinden in die Berge oder in isolierte Regionen des Tieflandes zurückzogen und so genannte "Widerstandsdörfer" formierten.

Die Flucht nach Mexiko stellte – von der Migration in die USA abgesehen – den mit Abstand größten guatemaltekeischen Flüchtlingsstrom dar. Die Zahl registrierter Flüchtlinge in Südmexiko, und hier vor allem im Bundesstaat Chiapas, lag 1981 noch bei 2.000, war aber 1982 bereits auf 30.000 Flüchtlinge angestiegen. Ca. 30.000 bis 50.000 Guatemalteke/Innen wurden zudem im informellen Sektor von Mexiko-Stadt vermutet. Die mexikanische Regierung ging anfangs nicht sehr sensibel mit den Flüchtlingen um und schob viele von ihnen wieder nach Guatemala ab. Das Wissen darum und die Tatsache, dass vom UNHCR registrierte Flüchtlinge in kontrollierten Lagern leben mussten, in denen es zu Übergriffen und Razzien durch das guatemaltekeische Militär kam, schreckten viele Flüchtlinge davon ab, sich vom UNHCR registrieren zu lassen, weswegen von den geschätzten 150.000 guatemaltekeischen Flüchtlingen in Mexiko lediglich 46.000 vom UNHCR betreut wurden.

Das Misstrauen gegenüber der guatemaltekeischen Regierung war nicht unbegründet, gehörte eine perfide Vertreibungs- und Siedlungspolitik doch zur Strategie der Aufstandsbekämpfung: Genauso wie in El Salvador wurde die Bevölkerung aus Zonen mit starker Guerilla-Präsenz massiv vertrieben, da sie grundsätzlich als mit den Aufständischen sympathisierend betrachtet wurde. Nach einer "Umerziehung" wurden die Vertriebenen dann in eigens dafür errichteten Modelldörfern, auch "Entwicklungspole" genannt, wieder

angesiedelt. Paramilitärische "Zivilpatrouillen" bewachten die Dörfer, und in ihrem Innern führte ein ausgefeiltes Spitzelsystem zu totaler Kontrolle.

Die offiziellen mexikanischen (ab 1984) und guatemalteken (ab 1986) Bemühungen um eine Rücksiedlung der Flüchtlinge waren daher nur mäßig erfolgreich. Bis 1990 waren im Rahmen offizieller Repatriierung lediglich 6.000 Flüchtlinge aus Mexiko zurückgekehrt. Der Großteil der Flüchtlinge erachtete die politische Situation in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre als noch nicht sicher genug. Erfolgreicher war die Durchführung kollektiver Rückkehr durch Nichtregierungsorganisationen. Insgesamt realisierten sie etwa 50 kollektive Rücksiedlungen von größeren und kleineren Flüchtlingsgruppen. Seit 1999 ist die offizielle Repatriierung beendet. Zu diesem Zeitpunkt lebten noch ungefähr 23.000 registrierte Flüchtlinge in Mexiko, die wegen der nur zaghaften Umsetzung des Friedensvertrages und der immer noch ungelösten Landfrage nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren wollten und sich seit 1993 in "Integrations-Komitees" organisiert haben. Die mexikanische Regierung reagierte mit einem Eingliederungsprogramm (*Estabilización Migratoria*), das den Flüchtlingen ab 1996 die Legalisierung ihres Aufenthaltes als Einwanderer anbot (Nolin Hanlon/ Lovell 2000; Kauffer Michel 2000).

6. El Salvador

In El Salvador, dem kleinsten und am dichtesten besiedelten Land der zentralamerikanischen Landbrücke, entwickelten sich als Reaktion auf die polarisierte Wirtschafts- und Landbesitzstruktur vielfältige Muster der Arbeitsmigration, die sich bereits in den siebziger Jahren aufgrund der wirtschaftlichen Krise und der zunehmenden Repression ausweiteten. Als Anfang der achtziger Jahre der bewaffnete Konflikt zwischen der Guerilla *Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional* (FMLN) und der salvadorianischen Armee das Land mit Gewalt überzog, stieg die Zahl der Flüchtlinge sprunghaft an.

Neben den Flüchtlingen, die sich auf den Weg nach Mexiko oder die USA machten, blieben etwa 500.000 Binnenflüchtlinge in El Salvador (Montes 1985: 35). Die ersten Flüchtlinge kamen aus den Nordprovinzen Chalatenango und Morazán. Sie retteten sich nach Massakern an der Zivilbevölkerung zunächst in nahe gelegene Städte. Spätestens seit 1984 gehörte die Vertreibung großer Teile der Zivilbevölkerung aus den Konfliktgebieten zur Kriegsstrategie der salvadorianischen Regierung. Die Binnenflüchtlinge kamen in Flüchtlingscamps der salvadorianischen Regierung und der katho-

lischen Kirche und anderer humanitärer Organisationen, aber auch in den Slums San Salvadors und bei Verwandten unter. Als sich große Teile der Binnenflüchtlinge ab 1985 aufgrund der unmenschlichen Lebensbedingungen in den Slums und den Flüchtlingscamps zur autonomen Rückkehr in ihre Herkunftsregionen entschieden, konterkarierten sie dadurch den Plan der Regierung, durch entsprechende Hilfestellung bei der Wiederansiedlung Regierungstreue hervorzurufen (Baumgärtner 1988).

Zehntausende von Salvadorianer/Innen aus den Nordprovinzen flohen in ihrer Not über die Grenze nach Honduras. Bereits Ende 1981 wurde ihre Zahl auf 30.000 geschätzt. Zwischen 1984 und 1990 sind die meisten der Flüchtlinge aus Honduras zurückgekehrt. Die Hoffnungslosigkeit des Lagerlebens, die Hoffnung auf Frieden (nach der Regierungsübernahme durch den gewählten Christdemokraten Duarte 1984) und der informelle Waffenstillstand zwischen Armee und Guerilla (1987) bewegten die Flüchtlinge zur Rückkehr. Doch existierte noch ein weiteres, politisches Motiv, das vor allem für die 1987 einsetzende kollektive Rückkehr von Bedeutung war. Nach einer langen Phase der Verweigerung gegenüber formeller und damit durch die Regierung kontrollierter Repatriierung sahen Flüchtlingsgruppen die Zeit als günstig für die autonome Rückkehr an. Sie wollten sich demonstrativ wieder in ihren Herkunftsgemeinden – innerhalb konfliktiver Zonen – ansiedeln, um gegen die Vertreibung durch die Regierung ein Zeichen zu setzen.

Bis 1997 sind insgesamt etwa 140.000 zentralamerikanische Flüchtlinge wieder in ihre Herkunftsländer zurückgekehrt. 150.000 waren in den achtziger Jahren als offizielle Flüchtlinge registriert. Somit kann die Krise als beendet betrachtet werden, auch wenn keineswegs alle Flüchtlinge in ihre jeweiligen Herkunftsländer zurückgekehrt sind. Ihre Dunkelziffer ist groß und die Übergänge zu undokumentierter oder auch legaler Arbeitsmigration sind fließend, wofür die Migration aus Nicaragua nach Costa Rica ein anschauliches Beispiel darstellt.

7. Die nicaraguanische Migration nach Costa Rica

Spätestens seit der Einführung der Agrarexportwirtschaft in Costa Rica in den 1840er Jahren ist das Land ein permanenter Nettoimporteur von Arbeitskraft, die traditionellerweise überwiegend aus Nicaragua kommt. Der jüngste costa-ricanische Zensus aus dem Jahr 2000 bestätigt die Dominanz der Nicaraguaner/Innen innerhalb der Gruppe der im Ausland geborenen Bevölkerung auch für die Gegenwart: Von den fast 300.000 im Ausland geborenen Personen stammen 226.000, mehr als 76%, aus Nicaragua. Seit

den 1950er Jahren lag der Anteil der Nicaraguaner/Innen in dieser Kategorie nie unter 50% (INEC 2001: 12).

Das lange Zeit vorherrschende Migrationsmuster bestand in einer saisonalen Arbeitskräftewanderung aus den Südpfeilen Nicaraguas in die landwirtschaftliche Exportproduktion von Costa Rica. Seit dem Contra-Krieg in Nicaragua in den achtziger Jahren und der anhaltenden Beschäftigungskrise in den neunziger Jahren steuert ein Großteil der nicaraguanischen Migrant/Innen aber auch das zentrale Hochland – und hier vor allem den Großraum San José – an, um sich dort dauerhaft anzusiedeln. Bei der jüngsten Amnestie der irregulären Einwanderer 1999 gaben 40% der Antragsteller/Innen die Hauptstadt als Wohnsitz an, wo sie vor allem in den ärmeren Vorstädten leben (Morales 1999). Aus den Haushaltsbefragungen des costaricanischen Zensus-Büros geht hervor, dass es sich bei den nicaraguanischen Einwanderern vor allem um junge Erwachsene im arbeitsfähigen Alter handelt: Fast 60% sind im Alter von 20 bis 49 Jahren. Sie verrichten überwiegend gering qualifizierte Tätigkeiten in der Produktion, im Handel oder dem Bereich der Dienstleistungen. Die nicaraguanische Zuwanderung kommt einem Unterschichtungsprozess der Gesellschaft Costas Ricas gleich. In dem ethnisch segmentierten Arbeitsmarkt übernehmen Nicaraguaner/Innen häufig die Arbeit, die einheimische Arbeitskräfte lange abgelehnt haben.

Besonders deutlich tritt der Bedarf an eingewandeter Arbeitskraft beim Anbau der Agrarexportgüter Kaffee, Bananen und Zuckerrohr hervor. Die Verstädterung der costaricanischen Gesellschaft einerseits und das mit Diversifizierung und Ausdehnung der Anbauflächen und Steigerung der Produktivität im Kaffeesektor einhergehende Wirtschaftswachstum der sechziger und siebziger Jahre führten in den Ernteperioden zu einem erheblichen Mangel an Arbeitskräften, der in den achtziger Jahren nur durch die Erteilung von Arbeitsbefugnissen an zentralamerikanische Flüchtlinge behoben werden konnte. Für die registrierten Flüchtlinge, die überwiegend in eigens dafür errichteten Lagern lebten, war der Zugang zum costaricanischen Arbeitsmarkt beschränkt. Der Arbeitskräftebedarf in der Landwirtschaft war aber so groß, dass die Regierung Costas Ricas zur Vergabe von zeitlich befristeten Arbeitsbefugnissen in großem Umfang bereit war. Die Kaffeeernten der Jahre 1986 und 1989 wurden zu 52,8% bzw. 87% von Flüchtlingen eingebracht (Wiley 1995: 431; Alvarenga 2000: 53). Als dann mit dem Regierungswechsel 1990 in Nicaragua und dem formellen Frieden zwischen Contras und Regierung neben den offiziell anerkannten Flüchtlingen auch ein großer Teil der irregulären nicaraguanischen Migrant/Innen in die Hei-

mat zurückkehrte, war das Ausmaß der Abhängigkeit von nicaraguanischer Arbeitskraft nicht mehr zu leugnen. Der Mangel an Arbeitskräften in der Kaffeeernte des Jahres 1990 war so groß, dass 24% der Kaffeeproduzenten einen Teil der Ernte verloren, weil sie ihn nicht rechtzeitig einbringen konnten. Da die Rückkehrer weder in ausreichendem Umfang Beschäftigung noch – entgegen der Ankündigung der Regierung Chamorro – reelle Chancen auf die Zuteilung einer eigenen kleinen Parzelle Ackerlandes hatten, kehrten viele von ihnen wieder nach Costa Rica zurück. 1993 war bereits wieder etwa die Hälfte der Landarbeiter während der Kaffeeernte nicaraguanischer Herkunft (Alvarenga 2000: 26-28).

Noch in den achtziger Jahren wurde das Thema irregulärer Zuwanderung nach Costa Rica von der Regierung möglichst vermieden. Die Regierung konzentrierte ihre Bemühungen auf eine möglichst restriktive Steuerung des Arbeitsmarktzugangs der Flüchtlinge, um den Zorn der Bevölkerung auf die billigeren Arbeitskräfte aus Nicaragua in Grenzen zu halten. Als sie dann Anfang der neunziger Jahre zum Handeln gezwungen war, bediente sie sich der gängigen Doppelstrategie zur Bekämpfung illegaler Einwanderung, bestehend aus dem verschärften Bemühen um Abschreckung bzw. Abschiebung einerseits und breit angelegten Amnestie- und Gastarbeiterprogrammen andererseits. Schon 1990 wurde eine erste Legalisierung irregulärer Migrant/Innen durchgeführt, von der schätzungsweise 30.000 Nicaraguaner/Innen profitierten (Wiley 1995). 1993 und 1994 folgten zwei weitere Amnestien, die zusammen den Aufenthalt von 94.000 *indocumentados* legalisierten. 1993 und 1995 wurden zeitlich befristete Gastarbeiterprogramme für die Landwirtschaft aufgelegt, die aber wenig erfolgreich waren. Die bereits im Land befindlichen Arbeitsmigrant/Innen zogen vor, sich der staatlichen Kontrolle zu entziehen, da sie sich dauerhaft in Costa Rica ansiedeln wollten. Gleichzeitig beschäftigten Arbeitgeber lieber irreguläre und damit entrechtete Migrant/Innen, um Lohnkosten einsparen und dadurch Produktionskosten senken zu können (Alvarenga 2000; 1997). Aber die irregulären Arbeitsmigrant/Innen füllten nicht nur die Lücken des Arbeitskräftebedarfs in der Landwirtschaft, sie sorgten durch ihr Lohndumping auch für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit costa-ricanischer Agrarexporte (Wiley 1995).

Unmittelbar nachdem der Hurrikan "Mitch" über Zentralamerika hinweggezogen war (November 1998), wurde die letzte Amnestie beschlossen und denjenigen Zentralamerikaner/Innen gewährt, die sich bereits vor dem genannten Datum in Costa Rica befanden. Die Migrant/Innen, die durch den Hurrikan unmittelbar zu Umweltflüchtlingen wurden, wurden von der Lega-

lisierung ausgenommen, um den soeben Betroffenen keinen Zuwanderungsanreiz zu geben. Als die Frist zur Antragstellung am 31. Juli 1999 abgelaufen war, waren 152.514 Anträge bei den zuständigen Behörden eingegangen – 97% davon von Nicaraguaner/Innen (Morales 1999).

Zeitgleich bemühte sich die Regierung Costa Ricas um eine Perfektionierung der Abschiebungspraxis. In den ersten sieben Monaten des Jahres 2001 sind nach Angaben von Presseagenturen 38.000 Nicaraguaner/Innen zurück- oder ausgewiesen worden; im Jahr 2000 waren es insgesamt 67.000. Aber trotz Legalisierung und Abschiebung leben immer noch zwischen 100.000 und 300.000 *indocumentados* nicaraguanischer Herkunft in Costa Rica (*La Prensa*, 18.7., 27.8.2001).

Die "Nicaraguanisierung" Costa Ricas und die ethnische Segmentierung des Arbeitsmarktes haben vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise in Costa Rica zu einer Verstärkung der Ressentiments gegenüber den Einwanderern geführt. Da die Beschäftigungsmöglichkeiten in den Städten wegbrechen, sind immer mehr Costa-Ricaner bereit, zumindest einen Teil ihres Einkommens in der Landwirtschaft zu erzielen, wodurch die in diesem Arbeitsmarktsegment bereits beschäftigten Nicaraguaner/Innen als nicht zu unterbietende Konkurrenten wahrgenommen werden. Darüber hinaus hat die Verstärkung der nicaraguanischen Arbeitsmigration nach Costa Rica die Konkurrenz zwischen *Nicas* und *Ticos* in den unteren Segmenten der städtischen Dienstleistungsökonomie verschärft. Aber auch wenn das Zusammenleben zwischen Nicaraguaner/Innen und Costa-Ricaner/Innen nicht immer vollkommen friedlich verläuft, so ist es bislang noch nicht zu ethno-nationalistisch motivierten Unruhen gekommen.

8. Nach Norden: Salvadorianische Migration in die USA

Außerhalb der Region sind die USA das wichtigste Ziel für zentralamerikanische Arbeitsmigration. Nach Angaben des U.S.-Zensus aus dem Jahr 2000 sind von den fast 1,7 Mio. Zentralamerikaner/Innen, die in den USA leben, 68.588 aus Costa Rica, 372.487 aus Guatemala, 217.569 aus Honduras, 177.684 aus Nicaragua und 91.723 aus Panama. Die Salvadorianer/Innen stellen mit 655.165 Personen die größte nationale Migrant/Innengruppe aus Zentralamerika dar (U.S. Bureau of the Census 2001).

Schon in den Jahren zunehmender Repression durch die salvadorianische Regierung, etwa seit Mitte der siebziger Jahre, wuchs die Zahl der in die USA migrierenden Salvadorianer/Innen an und explodierte schlagartig in den achtziger Jahren. Auch nach dem Friedensschluss riss die Auswande-

rung in die USA keineswegs ab, sondern setzte sich aufgrund der fehlenden Arbeitsmöglichkeiten in El Salvador und unterstützt durch soziale Netzwerke auf hohem Niveau fort. Noch 1993 und 1994, also in den beiden Jahren unmittelbar nach Friedensschluss, lag die jährliche reguläre Auswanderung in die USA bei fast 27.000 bzw. etwa 17.000 Personen und sank bis zum Jahr 1998 lediglich auf 14.329 Personen (U.S. Bureau of the Census 2001). Dennoch: Der Großteil der salvadorianischen Migrant/Innen betrat die USA in den achtziger Jahren, nach Angaben des Zensus-Büros waren 75,4% der 1990 in den USA präsenten Personen aus Zentralamerika salvadorianischer Herkunft (U.S. Bureau of the Census 1993: 20).

Salvadorianische Migrationspfade in die USA wurden aber bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts betreten. Bei der frühen, zahlenmäßig noch nicht ins Gewicht fallenden salvadorianischen Auswanderung in die USA handelte es sich um eine Eliten- und hochgradig selektive Mittelschichtsmigration (Hamilton/Chinchilla 1996: 203). Erst die Massenflucht der achtziger Jahre sorgte für eine Inkorporierung sämtlicher Teile der salvadorianischen Bevölkerung. Unterrepräsentiert waren nur die Ärmsten der Armen, die schlichtweg nicht über die Ressourcen verfügten, eine mehrere Tausend Kilometer lange Reise zu finanzieren und somit nur die nächste Provinzstadt oder bestenfalls die Hauptstadt erreichten (Montes 1990). Mit zunehmender "Reife" der Migrationsbewegung gelang aber auch armen Bevölkerungsteilen die Auswanderung, die diese nur mit Hilfe von Familienangehörigen oder Freunden unternehmen konnten. Die Pioniere der Flucht in die USA waren im Durchschnitt junge Erwachsene im erwerbsfähigen Alter. Ihr durchschnittlicher Bildungsgrad lag etwas oberhalb des salvadorianischen Landesdurchschnitts, was nicht verwundert, da zu den Exilierten auch ein großer Teil der politisch aktiven Studierenden des Landes gehörte.

Der Weg von El Salvador in die USA ist lang und führt über drei Staatsgrenzen, von denen zwei, nämlich Mexikos Süd- und Nordgrenze, streng bewacht werden. Die wenigsten Migrant/Innen gelangen mit dem Flugzeug in die USA oder auch nur bis nach Tijuana, Ciudad Juárez oder zu einer anderen mexikanischen Grenzstadt, sondern unternehmen ihre gefährliche Reise mit Linienbussen, der Eisenbahn oder entlang der pazifischen Küste in Booten mit Hilfe bezahlter Schlepper (*Coyotes*). Ein besonderes Hindernis ist die mit modernster Kriegstechnologie und einer jährlich aufgestockten Zahl von Grenzpolizisten aufgerüstete Südgrenze der USA. Im "Krieg um die Grenze" verliert jedes Jahr eine steigende Zahl von Migrant/Innen ihr

Leben; sie erfrieren im Gebirge, sie verdursten in der Wüste oder ertrinken im Rio Bravo.

Mit Ausnahme der wenigen Salvadorianer/Innen, die auf dem Wege der Familienzusammenführung einreisen konnten, waren die meisten Flüchtlinge gezwungen, illegal in die USA einzureisen. Die U.S.-amerikanische Regierung verweigerte den salvadorianischen Flüchtlingen in den achtziger Jahren aus außenpolitischen Gründen einen entsprechenden Flüchtlingsstatus. Darüber hinaus unterstützten die USA die salvadorianische Regierung aus Angst vor einer Ausbreitung des Kommunismus in ihrem "Hinterhof" massiv mit Militär- und Wirtschaftshilfe. Viele salvadorianische Flüchtlinge wurden deportiert. Erst eine Sammelklage unter Federführung der U.S.-amerikanischen Baptisten-Kirche erreichte 1990 die Gewährung einer befristeten Aufenthaltsgenehmigung. Mit der Reform des Einwanderungsgesetzes von 1986 (*Immigration Reform and Control Act* – IRCA) offenbarten die USA ihre Variante der Migrationspolitik. Einerseits sollten die bereits in den U.S.-amerikanischen Arbeitsmarkt integrierten und für das Funktionieren der restrukturierten Wirtschaft unabdingbaren Arbeitsmigrant/Innen legalisiert werden, andererseits durch die Einführung von Arbeitgeber-Sanktionen und die Militarisierung der Grenze die weitere Zuwanderung von *indocumentados* gebremst werden. Insgesamt 150.000 salvadorianische Flüchtlinge, die vor 1982 in die USA geflohen waren, erhielten auf diesem Weg eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis (Orozco 1997). Viele von ihnen sind mittlerweile Staatsbürger der Vereinigten Staaten oder haben die Staatsbürgerschaft bereits beantragt. Naturkatastrophen wie der Hurrikan "Mitch" oder die Anfang 2001 das Land erschütternden Erdbeben hatten eine befristete Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung für noch nicht "legalisierte" salvadorianische Staatsbürger zur Folge.

Viele der Migrant/Innen der neunziger Jahre konnten von der Möglichkeit der Familienzusammenführung profitieren, so dass sich auch die Familienkonstellationen der Salvadorianer/Innen in den USA verändert haben. Für den Großteil der nunmehr seit 20 Jahren in den USA lebenden Salvadorianer/Innen gilt, dass sie nicht mehr nach El Salvador zurücksiedeln werden (Hamilton/Chinchilla 1997), eine Entwicklung, die die salvadorianische Regierung mit Erleichterung zur Kenntnis nehmen dürfte, denn einerseits verfügt sie nicht über die Ressourcen, eine größere Zahl von Rückkehrern in El Salvador zu reintegrieren, andererseits sind die Geldüberweisungen (*remesas*) der Migrant/Innen mittlerweile zur größten Devisenquelle des Landes herangereift (Reyes 2000). Somit stellt der "Export" der Arbeitsmigrant/

Innen aus Sicht der salvadorianischen Regierung den mittlerweile profitabelsten Einsatz der Ressource Arbeitskraft dar. Folgerichtig ist sie nicht darum bemüht, die Migrant/Innen zur Rückkehr zu überreden, sondern die Konservierung ihrer Verbundenheit mit dem Heimatland zu unterstützen.

Das staatliche "Betreuungskonzept" der Emigrant/Innen hat aber nur geringen Einfluss auf den ohnehin schon stattfindenden Prozess der Transnationalisierung salvadorianischer Lebenszusammenhänge. Die in den USA lebenden Salvadorianer/Innen bewahren von sich aus die Bindungen an ihre Heimat. Kernelement sind die transnationalisierten Familien, zwischen deren räumlich distanzierten Teilen eine rege Kommunikation herrscht. Die Heimatbindung hat sich zudem bereits institutionalisiert: Heimatvereine sammeln Spenden für kleinere Entwicklungsprojekte in ihren jeweiligen Heimatgemeinden. Salvadorianische Supermärkte lassen sich in "Klein-Zentralamerika" in Los Angeles genauso finden wie über das gesamte Stadtgebiet verstreute *pupuserías* (typisch salvadorianische Restaurants).

In El Salvador sind die Veränderungen ebenfalls deutlich spürbar. Die Migrant/Innen sind präsent, nicht nur aufgrund eines Denkmals zu Ehren der *Hermanos Lejanos*, der "fernen Geschwister", oder durch die regelmäßige Berichterstattung der salvadorianischen Tageszeitung *La Prensa Gráfica* über die salvadorianische Diaspora. Der transnationale Informationsaustausch mittels Besuchen oder Telekommunikation bringt auch die Moden salvadorianischen Lebens in den USA in die Heimat. Durch die Deportation straffällig gewordener Mitglieder von Jugendbanden hat dieses Phänomen auch in El Salvador große Verbreitung gefunden. Die Geldüberweisungen haben vielen Familien geholfen und ganze Dörfer zu Rentenempfängern gemacht. Lokale Hierarchien sind umgekrempelt, denn der Zugang zu der Ressource *remesas* ist ein Machtmittel. Die Transnationalisierung des sozialen Raumes und die Existenz der ebenso transnationalisierten Netzwerke haben die Migration "nach Norden" zu einer "normalen" Option der Lebensführung neben anderen heranreifen lassen.

9. Belize: Die "Latinisierung" der anglophonen Peripherie Zentralamerikas

Belize hat mit 282.600 Einwohnern (Central Statistical Office 2004) die kleinste Bevölkerungszahl Zentralamerikas. Diese Tatsache und die anglophone Tradition und Orientierung des bis 1981 zum Vereinigten Königreich gehörenden Landes bedingen seine Vernachlässigung in der Literatur über das zentralamerikanische Migrationsgeschehen. Doch gerade aufgrund der

zahlenmäßig kleinen Bevölkerung Belizes wirken sich die Migrationsbewegungen erheblich auf die ethnische Zusammensetzung der Gesellschaft aus, was Belize – zusammen mit dem noch jungen Prozess des “Nation-Building” – zu einem interessanten Sonderfall macht. Belize erlebt gleichzeitig sowohl die Auswanderung kreolisch-anglophoner Teile der städtischen Mittelschicht und eines Teils der ebenfalls Englisch sprechenden Garifuna als auch die Einwanderung spanischsprachiger Zentralamerikaner/Innen, die sich – aus kleinstädtischen und ländlichen Milieus kommend – vor allem in ländlichen Gegenden ansiedeln. Es lässt sich eine relative ethnische Segregation konstatieren, die durch die genannten, unterschiedlichen Siedlungsneigungen bedingt ist. Gleichzeitig tragen verbesserte Mobilität und Kommunikationstechnologien zu einer Intensivierung des interethnischen Kontakts bei, wodurch auch die Gefahr von Spannungen und Konflikten erhöht wird. Die Form der entlang ethnischer Gruppengrenzen verlaufenden Institutionenbildung, die das öffentliche Leben Belizes prägt, verstärkt diese Tendenz zusätzlich.

Die Latinisierung des Landes findet mittlerweile in der Tatsache Ausdruck, dass die ethnische Gruppe der Englisch sprechenden “Kreolen”² durch die Gruppe der Spanisch sprechenden “Mestizen”³ als quantitativ dominante Ethnie abgelöst wurde. Zwar gehören neben Kreolen auch Mestizen, Maya und Garifuna traditionellerweise zur belizischen Bevölkerung. Aber die qualitative Privilegierung der Kreolen, die sich in sozialer und kultureller Hegemonie ausdrückt, hatte bis Anfang der achtziger Jahre ein quantitatives Fundament. Durch die Zuwanderung aus anderen zentralamerikanischen Staaten und die fortgesetzte Auswanderung kreolischer Bevölkerungsteile in die USA hat sich das zahlenmäßige Verhältnis dieser beiden Bevölkerungsteile ins Gegenteil verkehrt: Wies der Zensus von 1981 die Kreolen noch mit 57.751 Personen oder 39,7% als größte ethnische Gruppe aus und die Mestizen mit ‘nur’ 48.154 Personen oder 33,1%, so bildeten die Mestizen bereits nach der Zählung von 1991 mit 43,6% die größte Ethnie, weit größer als die Kreolen mit “nur” noch 29,8%. Würden bei der Zahl zentralamerikanischer Zuwanderer die irregulären Migranten berücksichtigt, so würde die zahlenmäßige Überlegenheit der Mestizen noch deutlicher ausfallen.

2 Der Begriff “Kreole” bezeichnet in Belize Personen afrikanischer und/oder europäischer Abstammung, die aber auf dem amerikanischen Kontinent geboren wurden.

3 Als “Mestizen” werden die Nachfahren der Vermischung europäischer (überwiegend spanischer) und indigener Bevölkerungsgruppen bezeichnet.

Nach Angaben des Zensus von 1991 stammen 55,8% der zentralamerikanischen Einwanderer aus Guatemala, 29,5% aus El Salvador und 12,2% aus Honduras. Neben den militärischen Konflikten in Zentralamerika in den achtziger Jahren sind als Migrationsursachen die im Vergleich mit den Herkunftsländern umfangreicheren und besser bezahlten Arbeitsmöglichkeiten in der Landwirtschaft und die im relativ dünn besiedelten Belize größere Verfügbarkeit an Land ausschlaggebend. Auch die mittlerweile etablierten Migrationsnetzwerke erleichtern die Zuwanderung.

Ursache für die fortgesetzte Auswanderung gebildeter städtischer Mittelschichten aus Belize vor allem in die USA ist ihre blockierte Hoffnung, eine qualifikationsangemessene Arbeit zu finden, da die Beschäftigungsmöglichkeiten im Land beschränkt sind. Da schon in den achtziger Jahren zwischen 20.000 und 80.000 Belizer in den USA gelebt haben, haben sich auch hier soziale Migrationsnetzwerke konstituiert, die die Auswanderung in die USA erleichtern und steuern. Belize erfährt durch dieses Migrationsgeschehen einen massiven *brain drain*,⁴ da es sich bei den Auswanderern um überdurchschnittlich gut gebildete Personen handelt: Von ihnen haben 47% die Sekundarstufe abgeschlossen im Vergleich zu 17% der Gesamtbevölkerung (Fundación Arias 2000: 10).

Der überwiegend unkontrollierten Einwanderung versucht die Regierung Belizes mit Deportation bzw. in jüngster Zeit verstärkt durch Inhaftierung und gleichzeitig breit angelegter Legalisierung einen Riegel vorzuschieben. 1999 erließ sie eine Amnestie für alle irregulären Migrant/Innen, in deren Verlauf 20.000-25.000 Personen ihren Aufenthaltsstatus legalisieren konnten. Ähnlich wie Costa Rica ist Belize auf die Einwanderung von Arbeitskraft angewiesen, wobei die Regierung versucht, die damit einhergehenden Probleme durch Zuwanderungsbegrenzung zu minimieren. Als problematisch erweist sich aber nicht nur der von der Zuwanderung ausgehende und durch die höhere Fertilitätsrate zentralamerikanischer Migrant/Innen beschleunigte Wandel der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung, sondern auch die nicht in gleichem Umfang wie die Einwanderung wachsende Verfügbarkeit von Ressourcen für Bildung, Gesundheit und andere Bereiche sozialer Infrastruktur (Fundación Arias 2000).

4 Mit *brain drain* wird die Auswanderung gebildeter Bevölkerungsschichten bezeichnet, durch die Lücken in den höheren Qualifikationen erfordernden Segmenten des Arbeitsmarktes entstehen.

10. Schlussbemerkung

Die Fluchtbewegungen der achtziger Jahre in Zentralamerika sind die Folge einer massiven Entwurzelung der Bevölkerung, die bereits durch die Entwicklung der regionalen Exportwirtschaft in Gang gesetzt wurde. Die Vertreibungen und der kriegsbedingte Niedergang der Ökonomie haben die Migrationsbewegungen exponentiell ansteigen lassen. Die meisten Flüchtlinge erreichten lediglich die nächstgelegenen Staatsgrenzen und retteten sich auf das Territorium des jeweiligen Nachbarstaates.

Aber auch der Bedarf an Arbeitskraft spielte schon zu dieser Zeit eine herausragende Rolle für die Auswahl der Migrationsziele. Das gilt vor allem für die große Zahl der inoffiziellen Flüchtlinge, die *de facto* den Status illegaler Arbeitsmigrant/Innen hatten. In manchen Beispielen, wie der guatemaltekischen Migration nach Südmexiko oder der nicaraguanischen nach Costa Rica wirken die räumliche und ethnokulturelle Nähe und der Bedarf an Arbeitskraft zusammen. Bei der Migration in die USA lockten und locken vor allem die Arbeitsmöglichkeiten.

Die "Lateinamerikanisierung" vieler U.S.-Metropolen wird auch durch zunehmende Ressentiments und Ausländerfeindlichkeit in den USA und die gelegentlichen Rezessionen, die die Arbeitsmöglichkeiten für Migrant/Innen reduzieren, nicht gebremst. Der migrationsbedingte wirtschaftliche, politische, soziale und kulturelle Wandel in den zentralamerikanischen Staaten steht gegenwärtig erst am Beginn seiner Erforschung. Themen, wie die ökonomische und soziale Bedeutung der *remesas familiares* und die "Nordamerikanisierung" (*norteñización*) der Gesellschaften und ihrer Kultur stehen bislang im Vordergrund.

Der zunehmenden Komplexität der zentralamerikanischen Migration versuchen die Staaten der Region mit Bemühungen um eine verstärkte Zusammenarbeit Rechnung zu tragen. Dazu gehört auch die seit 1996 jährlich stattfindende regionale Migrationskonferenz (*Conferencia Regional de Migración* – CRM), an der mittlerweile neben den zentralamerikanischen Ländern auch die Dominikanische Republik, Mexiko, die USA und Kanada teilnehmen. Die Bedeutung der zentralamerikanischen Migration ist nicht mehr auf die Region beschränkt, sondern ein gesamtamerikanisches Phänomen.

Literaturverzeichnis

- Alvarenga Venutolo, Patricia (1997): *Conflictiva Convivencia. Los Nicaragüenses en Costa Rica*. San José, Costa Rica.
- (2000): *Trabajadores Inmigrantes en la Caficultura*. San José, Costa Rica (*Cuaderno de Ciencias Sociales*, 116).
- Baumgärtner, Ulf (1988): "El Salvador. Aufstandsbekämpfung und Flucht". In: Ashkenasi, Abraham (Hrsg.): *Das weltweite Flüchtlingsproblem. Sozialwissenschaftliche Versuche einer Annäherung*. Bremen, S. 120-141.
- Castillo García/Ángel, Manuel/Palma Calderón, Silvia Irene (1999): "Central American International Emigration: Trends and Impacts". In: Appleyard, Reginald (Hrsg.): *Emigration Dynamics in Developing Countries*, Bd. 3. Aldershot et al., S. 285-331.
- Central Statistical Office (2004): *2004 Mid-year Population Estimates by Region and Sex* <http://www.cso.gov.bz/statistics/2004_midyear_pop.pdf> (09.08. 2005).
- Fundación Arias para la Paz y el Progreso Humano (2000): *La Integración de Inmigrantes Centroamericanos en Belice*. San José, Costa Rica.
- Hamilton, Nora/Chinchilla, Norma (1991): "Central American Migration. A Framework for Analysis". In: *Latin American Research Review*, 26.1: 75-110.
- (1996): "Global Economic Restructuring and International Migration. Some Observations Based on the Mexican and the Central American Experience". In: *International Migration*, 34.2: 195-227.
- (1997): *Ambiguous Identities. Central Americans in Southern California*. Working Paper Nr. 14. Chicano/Latino Research Center. University of California at Santa Cruz.
- INEC (Instituto Nacional de Estadística y Censos) (2001): *IX Censo Nacional de Población y V de Vivienda del 2000: Resultados Generales*. San José, Costa Rica.
- Kauffer Michel, Edith F. (2000): "Refugiados guatemaltecos en México: del refugio a la repatriación, del retorno a la integración". In: *Boletín de Migración internacional*, 12: 7-12 <<http://www.conapo.gob.mx/publicaciones/Boletines/PDF/bol12.pdf>> (17.08. 2005).
- Montes, Segundo (1985): *Desplazados y Refugiados*. San Salvador, El Salvador.
- (1990): *Las Remesas que envían los Salvadoreños de Estados Unidos. Consecuencias Sociales y Económicas*. San Salvador, El Salvador.
- Morales, Abelardo (1999): *Amnistía Migratoria en Costa Rica. Análisis de los Alcances Sociales y del Impacto del Régimen de Excepción Migratoria para los Inmigrantes de Orígen Centroamericano en Costa Rica*. San José, Costa Rica.
- Morrison, Andrew R. (1993): "Violence or Economics: What Drives Internal Migration in Guatemala?" In: *Economic Development and Cultural Change*, 41: 817-831.
- Nolin Hanlon, Catherine L./Lovell, W. George (2000): "Flight, Exile, Repatriation, and Return: Guatemalan Refugee Scenarios, 1981-1998". In: Loucky, James/Moors, Marilyn M. (Hrsg.): *The Maya Diaspora. Guatemalan Roots, New American Lives*. Philadelphia, S. 35-55.
- OIM (Organización Internacional de Migración) (2000): *Revista de la OIM sobre Migraciones Internacionales en América Latina*, 18.1.
- Orozco, Manuel (1997): *La Política Inmigratoria de los Estados Unidos: Implicaciones en las Relaciones Internacionales y la Soberanía*. San José, Costa Rica (*Cuaderno de Ciencias Sociales*, 98).

- Reyes, Giovanni E. (2000): "Centroamérica: Las Remesas Familiares". In: *La Opinión*, 31. Juli, Los Angeles, California (Onlineausgabe).
- Schneider, Robin (1992): *Fluchtbewegungen und Regionalkonflikte: Mittelamerika und Mexiko in den achtziger Jahren*. Berlin.
- Torres-Romero, Mario (1997): "Mexiko und Mittelamerika". In: Opitz, Peter J. (Hrsg.): *Der globale Marsch. Flucht und Migration als Weltproblem*. München, S. 327-342.
- U.S. Bureau of the Census (1993): *1990 Census of Population. Persons of Hispanic Origin in the United States*. Washington, D.C. (Mikrofiche).
- (2001): *Hispanic Population by Type* <www.census.gov/mso/www/rsf/hisorig/tsld027.htm> (17.08. 2005).
- Weaver, Frederick Stirton (1994): *Inside the Volcano. The History and Political Economy of Central America*. Boulder, Col./Oxford.
- Wiley, James (1995): "Undocumented Aliens and Recognized Refugees: The Right to Work in Costa Rica". In: *International Migration Review*, 29.2: 423-438.
- Woodward, Ralph Lee Jr. (1985): *Central America. A Nation Divided*. New York/Oxford.